Sitzungsvorlage Kreisausschuss

Sitzungstermin: 11.07.2022

öffentlich

Sachgebiet 43	Aktenzeichen 43-4422	Datum 30.06.2022	Drucksache Nr. 25/2022 - KA
Beratungsfolge			Sitzungstermin
Kreisausschuss			11.07.2022

TOP	Inhalt
7	<p><u>Beteiligung des Landkreises Lichtenfels am Bundesprojekt „Demokratie Leben!“</u></p> <p style="text-align: center;"><u>Beschlussvorschlag:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Teilnahme des Landkreises Lichtenfels am Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ wird bis zum Ende der aktuellen Förderperioden (Ende des Jahres 2024) zugestimmt. Der entsprechenden Antragsstellung vom Landkreis Lichtenfels wird zugestimmt. 2. Vorrangig wird eine Kooperation zwischen der Stadt Lichtenfels und dem Landkreis Lichtenfels angestrebt. 3. Der Landkreis Lichtenfels leistet den notwendigen zweckgebundenen Eigenanteil der Gesamtausgaben. Sollte die notwendige Beteiligung durch Drittmittel eingebracht werden, sind diese der Eigenbeteiligung vorrangig.

Beratungsergebnis							
Gremium				Sitzung am		TOP	
Kreisausschuss				11.07.2022		7	
Ein- stimmig	Mit Stimmen- mehrheit	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Laut Beschlussvorschlag	Abweichender Beschluss		
<div style="text-align: right; padding-right: 20px;">Niederschriftführer</div>							

TOP	Inhalt
	<p>Sollte die Kooperation mit der Stadt Lichtenfels erfolgen, reduziert sich der notwendige zweckgebundene Eigenanteil der Gesamtausgaben des Landkreises entsprechend.</p> <p>4. Der Landkreis Lichtenfels leistet die notwendigen, nichtförderfähigen Personal- und Sachkosten zur Gründung der „Partnerschaft für Demokratie“.</p> <p>Sollte die Kooperation mit der Stadt Lichtenfels erfolgen, reduzieren sich die notwendigen, nichtförderfähigen Personal- und Sachkosten zur Gründung der „Partnerschaft für Demokratie“ des Landkreises entsprechend.</p>
TOP	Sachverhalt
	<p><u>Ausgangslage</u></p> <p>Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert zur Extremismusprävention und Demokratieförderung u. a. Kommunen innerhalb des Programms „Demokratie Leben!“. Vor Ort sollen die Kommunen sog. „Partnerschaften für Demokratie“ bilden. Diese sollen die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteure für Aktivitäten gegen lokal relevante Formen von Extremismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit, Gewalt und Menschenfeindlichkeit sowie für die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger unterstützen und zur nachhaltigen Entwicklung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern beitragen.</p> <p>In Oberfranken bestehen in fast allen kreisfreien Städten und Landkreisen Partnerschaften für Demokratie, in Bayern insgesamt 30 gem. aktueller Veröffentlichung auf der Homepage des BMFSFJ.</p> <p>Die aktuelle, eigentlich schon laufende, Förderperiode endet im Jahr 2024. Ggf. ist es jedoch noch möglich, dass weitere „Partnerschaften für Demokratie“ gebildet werden können. Die maximale Höhe der jährlichen Zuwendung beträgt je Zuwendungsempfänger und Jahr 125.000,00 EUR. Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften können Empfänger dieser Zuwendungen sein.</p> <p><u>Kommunale Eigenbeteiligung</u></p> <p>Die Gewährung einer Zuwendung setzt gem. der Förderrichtlinie den Einsatz von Eigen- bzw. Drittmitteln in Höhe von mindestens 10 Prozent der Gesamtausgaben im Bewilligungszeitraum voraus (insgesamt ca. 15.000,00 EUR). Darüber hinaus sind gem. den Grundsätzen der Förderung Personal- sowie Sachmittel für die Steuerung der „Partnerschaft für Demokratie“ zu leisten. Hierfür müssen in jedem Fall mindestens 0,5 Vollzeitäquivalente (VZÄ) zur Verfügung gestellt werden. (Diese können über bereits bestehende Personalkontingente oder eine neu zu schaffende Stelle eingebracht werden.)</p>

TOP	Sachverhalt			
<p><u>Mögliche Umsetzung</u></p> <p>Die Kommunalen Gebietskörperschaften tragen die Verantwortung für die „Partnerschaften für Demokratie“ und bestimmen ein federführendes Amt. Das federführende Amt ist zentraler Ansprechpartner vor Ort und übernimmt die Berufung, die Gestaltung und Organisation einer Koordinierungs- und Fachstelle, eines Begleitausschusses und einer bedarfsgerechten Form der Jugendbeteiligung.</p> <p>Die Verwaltungen der Stadt Lichtenfels und des Landkreises Lichtenfels haben sich hinsichtlich einer Kooperation bereits ausgetauscht. Sollte eine Kooperation erfolgen, reduzieren sich die notwendigen Eigenanteile des Landkreises entsprechend.</p> <p>Für die Umsetzung der „Partnerschaften für Demokratie“ wird zusätzlich bei einem freien Träger eine Koordinierungs- und Fachstelle eingerichtet. Zu deren Aufgaben gehören die Gesamtkoordination der „Partnerschaft für Demokratie“ in Zusammenarbeit mit dem federführenden Amt, dem Begleitausschuss und weiteren Akteuren der Partnerschaft. Daneben obliegt ihr u. a. die inhaltlich-fachliche Beratung von Projektträgern und die Begleitung von Einzelmaßnahmen sowie die Koordinierung der Arbeit des Begleitausschusses und des Jugendforums.</p> <p>Als Träger der Koordinierungs- und Fachstelle bieten sich vor allem die freien Träger der Jugendhilfe aus dem Landkreis Lichtenfels an.</p> <p>Regelmäßige Berichterstattungen (mindestens einmal jährlich) durch das federführende Amt und die Fach- und Koordinierungsstelle an den Landkreis Lichtenfels sind für den Förderzeitraum notwendig. Zum Ende der Förderperiode soll das Projekt daneben evaluiert werden.</p>				
Finanzielle Auswirkungen		Abstimmung mit Kreiskämmerei ist		
☒ ja	☐ nein	☒ erfolgt	☐ nicht erfolgt	☐ nicht erforderlich
1	2	3 Finanzierung		
Gesamtkosten der Maßnahmen	Jährliche Folgekosten/-lasten	Eigenanteil	Objektbezogene Einnahmen	
450.000 € in 3 Jahren	€	137.500 € in 3 Jahren	312.500 € in 3 Jahren	
Veranschlagung			Haushaltsstellen	
☒ Im VwH 2022 - 2024	☐ Im VmH 20	☐ nein	☐ ja, mit €	0.4600.5201 0.4600.6369
Lichtenfels, den 30.06.2022				

TOP	Sachverhalt
	<p data-bbox="320 286 512 320">Landratsamt:</p> <p data-bbox="320 472 702 539">Fischer Stellvertreter des Landrats</p> <p data-bbox="1002 472 1251 539">Bullmann Abteilungsleitung</p>